

schieden habe, in einer Weise freilich, die nur dem Glaubenden zugänglich und einleuchtend sei. Im Grund geht es dem Autor um eine Begriffserklärung: den Glauben „bewahrheiten“ könne, streng genommen, nur Gott selbst – was aber dem Menschen aufgegeben sei und bleibe, sei nicht die Wahrmachung, sondern die Glaubwürdigmachung seines Glaubens. Daß diese heute mehr denn je durch die Glaubenstat geschehen muß, wird von Berdesinski ebenso für richtig gehalten wie daß solche Praxis ihren Ort vor allem auch im Sozialen hat.

Dennoch bleibt zu fragen, ob Gott die Bewahrheitung seiner Offenbarung nicht gerade durch den gläubigen Existenzakt der Menschen in der Geschichte vollziehe, wobei die Liebe und all das, was sie getan hat, als das bleibende Band zwischen dem im verborgenen bereits angebrochenen Gottesreich und seiner noch ausstehenden endgültigen Offenbarung zu gelten hat. Nichts wäre für die Menschen nämlich frustrierender als tatenlos wie „auf Godot“ nur zu warten auf das, was kommt. Zu warten ist vielmehr in der den Glauben beseelenden, gerade auch zur geschichtlichen Tat drängenden Hoffnung. Solches Tun, das entschieden vom Glauben ausgeht, „daß Gott das, was er in Jesus begonnen hat, auch vollenden werde“ (82), würde freilich sogleich wieder desavouiert, wenn die Menschen dabei nur, wie der Autor meint, „gleichsam Gottes ‚Werkzeug‘ bei seinem Heilshandeln“ (88) wären. *G. Bleickert*

Dogma und Politik. Zur politischen Hermeneutik theologischer Aussagen. Mit Beiträgen von Helmut FELD, Günter KEHRER, Friedhelm KRÜGER, Josef NOLTE, Hermann-Josef VOGT. Mainz: Grünewald 1973. 144 S. Kart. 17,80.

Die fünf inhaltlich und der fachlichen Kompetenz der Autoren entsprechend ziemlich unterschiedlichen Beiträge ergeben nicht nur ein interessantes Panorama wechselseitiger Bedingtheit von Dogma und Politik; auf exemplarische Weise bestätigen sie zugleich, daß es auch für die Theologie „politische Unschuld und Situa-

tionslosigkeit“ (Metz) nicht geben kann. Dennoch verbleiben sie gegenüber der Politischen Theologie in meist kritischer, bisweilen spöttischer Distanz. Ihr Reiz liegt teilweise gerade darin, daß sie sich mit Paulus, Erasmus und Pascal Persönlichkeiten zuwenden, denen weitgehend das Odium politischer Abstinenz anhaftet.

H. Feld arbeitet in seinem Beitrag „Paulus als Politiker“ (9–34) dessen „grundsätzlichen Pessimismus gegenüber den Welt dingen“ (32) heraus. Von größter politischer Bedeutung seien jedoch das Selbstverständnis des Apostels – den Juden ein Jude, den Heiden ein Heide zu sein – und sein Verhalten beim Streit um die Heidenmission, wobei er die Weltmission legitimierte und den Bruch mit den Jüdenchristen vermied.

H.-J. Vogt untersucht die „Politische Erfahrung als Quelle des Gottesbildes bei Kaiser Konstantin d. Gr.“ und gelangt zur Überzeugung, daß Konstantin das „homousios“ für den Logos deshalb reklamierte, weil er seine Herrschaft nicht auf einen „Gott zweiten Ranges“ (60) begründet wissen wollte. Merkwürdiges Argument dafür: „Die christliche Religion . . . mußte in irgendeiner Weise eine Reichs- und Herrschaftsideologie liefern können“ (59).

F. Krüger versteht seine Arbeit über „Das Engagement des Erasmus für den Frieden“ (62–90) als historischen Beitrag zur Friedensforschung. Wichtig sind vor allem die Reduktion des Feindbilds auf die innere Überworfenheit des Menschen mit sich selbst, die Aufdeckung der Manipulierbarkeit der Aggressionsmechanismen und die stets theologische Motivation seiner Friedenskonzepktion, „die in Christus geschenkte Gemeinschaft mit Gott in der Gemeinschaft der Menschen fruchtbar zu machen“ (90).

J. Noltes Reflexion über „Pessimismus und Politik nach Blaise Pascal“ (91–118) führt den bezeichnenden Untertitel: „Anstatt einer politischen Theologie“. Auch Pascal sucht die Wurzeln für die gesellschaftlichen Mißstände im Innern des einzelnen, dem „hassenswerten Ich“, das kraft seines Machthungers Recht und Politik, die gleichwohl notwendig bleiben,

korrumpiere. Fazit: „Der Politik spotten, das ist wahrhaft Politik.“

G. Kehrner geht es im letzten Beitrag um die „Gesellschaftlichen Bedingungen und Konsequenzen einer politischen Theologie“ (119 bis 144). Die Bedingung, ja Notwendigkeit, daß die Theologie sich politisch artikuliere, liegt dem Autor zufolge in der zunehmenden Politisierung des allgemeinen Bewußtseins. Lassen sich die Kirchen und Gemeinden darauf ein, drohen ihnen Parteilichkeit und Gettoexistenz, im Glücksfall der „Versöhnung des

Religiösen und des Politischen“ das Implikat, daß „die Freiheit des einzelnen realiter keinen Raum mehr fände“ (143 f.).

Sämtliche Beiträge nehmen sich somit gegenüber der Politischen Theologie wie kritische Korrekturen aus! Vielleicht könnte man sie in erneuter Abwandlung des sarkastischen Pascal-Worts über die Philosophie aber auch unter das Motto stellen: Der Politischen Theologie spotten, das ist wahrhaft Politische Theologie.

G. Bleickert

ZU DIESEM HEFT

Aufgrund des Ergebnisses der Umfragen unter den lutherischen und den katholischen Christen untersucht KARL FORSTER Fragen des Verhältnisses zur Kirche und Gesellschaft und weist auf Folgerungen für Theologie und Pastoral hin. Karl Forster, Professor für Pastoraltheologie an der Universität Augsburg, hat bei der Vorbereitung und der Auswertung der katholischen Umfragen maßgeblich mitgewirkt.

ALPHONS SILBERMANN, Professor für Soziologie der Massenkommunikation an den Universitäten Köln und Lausanne, befaßt sich mit Sinn und Bedeutung des jüdischen Bildverbots. Es solle nicht nur von der Götzenanbetung abgrenzen, sondern sei vor allem Zeichen eines transzendentalen Lebenskonzepts.

Viele fragen heute nach dem spezifischen Beitrag des Christentums zur Gestaltung des sozialen Lebens. WALTER KERBER, Professor für Ethik und Sozialwissenschaften an der Hochschule für Philosophie in München, untersucht im Hinblick auf die Rechtsnorm, was angesichts der Kritik am Naturrecht in der traditionellen katholischen Soziallehre Geltung behält und wie diese weiterentwickelt werden kann.

JOHANNES NIEMEYER, stellvertretender Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Bonn, setzt sich mit dem Entwurf eines ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts auseinander. Die Familie sei nicht primär Objekt staatlicher Fürsorge, sondern eine vorstaatliche, eigenständige Ordnung.

ALBERT BRANDENBURG, Professor für Konfessionskunde des neueren Protestantismus in Paderborn und Sektionsleiter am Johann-Adam-Möhler-Institut, sieht in der Rezeption der wesentlichen Impulse lutherischen Denkens durch die katholische Kirche den Höhepunkt lutherischer Lehrintentionen. Er wird die Überlegungen seines Aufsatzes in dem Buch „Die Zukunft des Martin Luther“ weiterführen, das noch in diesem Jahr erscheint.